

SZ-Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden

„Bei vereinbarter Truppenstärke bleiben“

Theo Waigel über die Wehrdienstverlängerung und die Rolle Bonns im westlichen Bündnis

Von Josef Joffe

SZ: Die CSU war maßgeblich daran beteiligt, die Verlängerung des Wehrdienstes durchzusetzen. Was hat Sie dazu bewogen?

NZ + WZ
 Theo Waigel: Wir haben an der Entscheidung festgehalten, die 1986 im Bundestag einhellig von der Koalition gefällt wurde. Wir haben uns diese nicht populäre Entscheidung gut überlegt; wir waren der Meinung, daß man allen Beteiligten vor Wahlen reinen Wein einschenken müsse. Aufgrund der Geburtenentwicklung ist es notwendig, schon 1989 den Wehrdienst zu verlängern, wenn wir bei der im Bündnis vereinbarten Truppenstärke bleiben – und Mitte der neunziger Jahre nicht auf 21 Monate gehen wollen.

Aber die Bevölkerung ist doch verwirrt. Einmal hieß es: zuwenig junge Männer in den neunziger Jahren. Dann plötzlich: Wir haben uns geirrt, es gibt doch genug? Welche Prognose ist oder war falsch?

Ich bin ebenfalls verärgert über diese Diskussion. Richtig wäre es gewesen, rechtzeitig, noch im vergangenen Jahr, einen internen Zahlenabgleich durchzuführen, ob sich die Prognosen wesentlich verändert haben. Dann hätte man festgestellt: Das ist nicht der Fall. So wäre dieser nochmalige Kraftakt in der Koalition mit einem eindeutigen Kanzlervotum vermeidbar gewesen. Wir haben uns überflüssigen Ärger eingehandelt.

Die ursprünglichen Berechnungen, waren sie nun richtig oder nicht?

Sie haben sich in einem gewissen Umfang verändert, aber nicht so, daß man von

der ursprünglichen Entscheidung abweichen konnte. Nur die Verschiebung um drei Jahre wäre möglich gewesen. Dann aber wären wir vor der gleichen Entscheidung gestanden. Und: Kommt es nicht zur Abrüstung, dann hätten wir auf 21 Monate erhöhen müssen, was heutzutage politisch kaum durchzusetzen ist.

Und wenn es doch zur Abrüstung kommt?

Dann werden wir unverzüglich über die Reduzierung der Bundeswehr entscheiden wie auch über die Verringerung der Wehrdienstzeit. Nur: Im Augenblick wäre es das falsche Signal, auf verbale Ankündigungen von Gorbatschow reale Rüstungsreduzierungen folgen zu lassen.

Genau das aber hat doch Ihr Kollege Biehle, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, öffentlich getan, als er forderte, die Bundeswehr auf 420 000 Mann herunterzufahren. Sind Sie sich in Ihrer eigenen Partei nicht ganz einig?

Wir haben in der CSU eine klare Entscheidung getroffen. Wir bleiben dabei.

Über die Stärke der Bundeswehr kann erst dann neu entschieden werden, wenn abgerüstet oder im Bündnis neu darüber befunden wird.

Zu dieser Einsicht ist auch Herr Biehle gekommen?

Es gibt jedenfalls keine Stimme, die jetzt eine Diskussion über die Stärke der Bundeswehr herbeiführen wollte, weil dies zu erheblichen Irritationen im Bündnis führen würde.

Graf Lambsdorff hat gesagt, die FDP habe sich der Koalitionsrason gebeugt. So richtig überzeugend scheinen die Verlängerungs-Argumente nicht gewesen zu sein.

Die FDP hatte andere Vorstellungen im Vorfeld, aber mit wechselnden Mehrheiten kann man nicht regieren. Und wir wären spätestens 1991 vor erneuten Kontroversen gestanden.

Um es schlicht auszudrücken: Diese Maßnahme ist ziemlich unpopulär – quer durch alle Parteien. Warum hat sich die Regierung dann gegen diesen Konsens durchsetzen wollen?

Notwendige Entscheidungen in der Verteidigungspolitik sind selten populär. Nur: Man muß unterscheiden zwischen richtig, notwendig, populär und populistisch. Wenn es nur nach Popularität und Beifall gegangen wäre, hätte es in den fünfziger Jahren keine Wiederbewaffnung gegeben. Sicherheitspolitik muß langfristig angelegt und kalkulierbar sein, gerade im

Bündnis. Wären wir jetzt von der Verlängerung abgegangen, hätte dies zu neuen Irritationen und zu Mißtrauen im Bündnis geführt. Der Kanzler, der Außenminister und andere Koalitionspolitiker haben gerade mit der Verlängerung des Wehrdienstes unsere Verteidigungsbereitschaft gegenüber den Partnern klar zum Ausdruck gebracht.

Sie haben sich also der Bündnisrason unterworfen?

Es war nicht nur die Bündnisrason, sondern es ging um unser eigenes Interesse. Es wäre auch das falsche Signal gegenüber dem Osten gewesen, denn wir wollen einen Erfolg bei den Abrüstungsverhandlungen, aber Zug um Zug. Zunächst muß gesehen werden: Was bietet der Osten an, was tut er, wie kann ein asymmetrischer Abbau im konventionellen Bereich erreicht werden. Es wäre auch das falsche Signal hinsichtlich des europäischen Pfeilers im Bündnis gewesen.

Trotzdem: Die jungen Männer, die nun 18 Monate ableisten müssen, sind verärgert. Wie wollen Sie die überzeugen?

Die Verlängerung schafft die Möglichkeit, auf die individuelle Lebensplanung

der Wehrpflichtigen besser eingehen zu können. Echte Härtefälle können berücksichtigt werden. Abiturienten können ihr Studium mit dem Wintersemester beginnen. Und: Beim Einsatz im Zivil- und Katastrophenschutz kann großzügiger verfahren werden.

Nun hat Moskau aber gerade den Abzug von 200 000 Truppen aus Europa als Absicht bekundet, inklusive ihrer Atomwaffen. Schafft das nicht eine neue Lage?

Wir haben dies als richtigen Schritt begrüßt. Nur: Damit ist die Überlegenheit der Sowjetunion im konventionellen wie im atomaren Bereich in Europa nicht beseitigt. Auch nicht die Invasionsfähigkeit. Es wird zu weiteren konkreten Abrüstungsschritten der Sowjetunion kommen müssen. In diesem Zusammenhang kann es auch westliche Abrüstungsschritte geben, aber nur wenn das Gleichgewicht hergestellt wird.

Weiten wir das Thema etwas aus: Die Bevölkerung scheint der Verteidigungsbürde müde geworden zu sein, die sie 30 Jahre lang getragen hat. Stichworte: Tiefflüge, Manöver, Wehrdienst. Kann man angesichts dieser Stimmung weitermachen wie bisher, oder muß man irgendwann tun, was des Volkes Wille zu sein scheint?

Zweierlei ist notwendig. Wir müssen der Bevölkerung verstärkt klarmachen, was für die eigene Verteidigung unabdingbar notwendig ist. Und wir müssen zweitens prüfen: Wie kann die Belästigung der Bevölkerung der Bürger und der Umwelt in geringstmöglichen Grenzen gehalten werden? Und wenn die Bevölkerung spürt, daß es den Politikern damit ernst ist, dann wird die Einsicht in das unabdingbar Notwendige auch zu erreichen sein.

Was ist denn das „unabdingbar Notwendige“?

Das müssen die Fachleute mit den Politikern festlegen, darüber muß im Bündnis gesprochen werden, dann muß ein mittelfristiges Konzept erarbeitet und beschlossen werden.

Reicht das schon aus, um einen neuen Verteidigungskonsens zu schaffen?

Die Regierung muß formulieren, was für die Sicherheitspolitik notwendig ist. Der Bundeskanzler und die Verteidigungspolitiker bemühen sich immer wieder, den Konsens mit der SPD herzustellen. In einigen Bereichen gibt es den, nur muß die SPD sich fragen lassen, wie weit sie von der Sicherheitspolitik, die sie bis 1982 mitgetragen hat, abgewichen ist und sich damit im Bündnis und Europa isoliert hat.

Wie steht es um den Konsens innerhalb der Regierung, zum Beispiel zwischen FDP und CSU?

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt es einen ausreichenden Konsens.

Glauben Sie, daß Sie für eine Verringerung der deutschen Lasten im Bündnis Verständnis finden werden - zu einer Zeit zumal, wo die Amerikaner darauf dringen, daß wir noch größere Lasten übernehmen?

Im Augenblick wäre das schwierig, obwohl die Regierung Bush ihre Forderungen gemäßigt vorträgt. Ich kann nur sagen: Wenn es zu konkreten Abrüstungsschritten kommt, dann besteht die Chance für die Lastenminderung. Aber im Augenblick würde eine Verringerung unserer Verteidigungsbereitschaft bei den Bündnispartnern als isolierte Reaktion auf die Ankündigungen von Gorbatschow gesehen werden, und das würde unseren Einfluß im Bündnis nicht stärken.

Aber die Tiefflug-Entlastung muß ja nicht im Alleingang geschehen.

Gerade hier können wir eher zu einem Arrangement kommen, wenn wir in der Frage der Wehrdienstzeit bei unserer Haltung bleiben.

Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, das in jüngster Zeit tiefe Krisenerscheinungen gezeigt hat - Stichwort: Libyen und Giftgas. War das ein Routinekrach, oder tun sich da tiefere Konflikte auf?

Wir müssen bedenken, ob die amerikanische Vorgehensweise eine Antwort auf die Diskussion um die noch nicht geklärte Verifizierung eines C-Waffen-Verbots sein könnte. Wir alle wollen möglichst bald ein C-Waffen-Verbot mit verlässlicher Überwachung. Wir müssen aber auch die Bedenken der USA in diesem Punkt ernst nehmen.

Die Bundesregierung wird alles tun, um die gesetzlichen Vorkehrungen zu treffen, um eine Beteiligung Deutscher an einer Giftgasproduktion auch im Ausland unter Strafe zu stellen und zu unterbinden.

Hier ist doch eine ironische Situation entstanden. Die Amerika-Kritik der letzten Wochen kam von rechts, während die SPD sich in der Bundestagsdebatte zum Schutzherrn der deutsch-amerikanischen Beziehungen aufgeworfen hat.

Dies ist in der Tat merkwürdig, weil wir im Verfolgen der Sicherheitspolitik, die Helmut Schmidt festgelegt hat, verlässlich waren, wogegen die SPD von der Sicherheitspolitik Schmidts abgegangen ist. Hier gilt das Motto: Schmidt feiern, seine Leute feuern - zum Beispiel Hans Apel und Dieter Haack.

Gibt es Anti-Amerikanismus von rechts?

Es gab Anti-Amerikanismus immer von ganz links und von ganz rechts. Wir dürfen uns davon nicht beirren lassen. Wir können nur im Bündnis unsere Politik, unsere europäische Politik und unsere Politik für ganz Deutschland vertreten.

Schärfere Gesetze in Sachen Giftgas? Einerseits hat Bonn schon seit langem ziemlich viel über die deutsche Beteiligung an Rabta gewußt, andererseits hätte man mit Hilfe des Kriegswaffenkontrollgesetzes dem Spuk schnell ein Ende bereiten können. Warum wurde solange gezögert?

Weil man unterscheiden muß zwischen Hinweisen, Erkenntnissen und gerichtsverwertbaren Beweisen, die ein Staatsanwalt zur Einleitung eines Verfahrens braucht.

Das ist wohl unter dem Kriegswaffenkontrollgesetz nicht nötig. Es erlaubt der Bundesregierung die Feststellung, daß x kriegswaffentauglich ist, und damit das Recht, den Export von x sofort zu unterbinden.

Der Punkt ist der: Sie können nicht von vornherein sagen, wofür ein bestimmtes Material verwendet wird. Nur wenn klar ist, daß etwas in dem Sinne verwendet wird, dann besteht die Handhabe.

Aber der Bundesnachrichtendienst scheint sich seit geraumer Zeit ziemlich sicher zu sein, daß es sich hier nicht um zivile Exporte handelt.

Es ist auch das mögliche Material an die zuständigen Stellen weitergegeben worden.

Ein anderer latenter Konflikt mit Washington besteht auf dem Gebiet der atomaren Modernisierung. Werden wir die Kurzstrecken-Raketen modernisieren?

Das ist eine Frage, die nicht heute zur Entscheidung ansteht, sondern die 1991, 1992 endgültig entschieden werden muß.